

Seite: 4
Ressort: Innenpolitik
Seitentitel: Innenpolitik

Gattung: Tageszeitung
Jahrgang: 2014
Nummer: 57

Kretschmann stellt Korrekturen in Aussicht

Bildungspläne Der baden-württembergische Ministerpräsident will den Eindruck vermeiden, an Schulen werde nur noch über Sex geredet.

Der baden-württembergische Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) hat Korrekturen am umstrittenen Bildungsplan des Landes angekündigt. Das Arbeitspapier könne in seinem jetzigen Zustand den Eindruck erwecken, in der Schule werde künftig nur noch über Sex geredet, sagte Kretschmann am Sonntag in der Evangelischen Akademie Bad Boll bei Göppingen. Vorwürfe gegen die Regierung, sie wolle Schüler moralisch umerziehen oder betreibe 'Gesinnungsterrorismus', wies der Ministerpräsident entschieden zurück.

Der Streit am Bildungsplan entzündete sich am Thema 'Akzeptanz sexueller Vielfalt', das künftig im Unterricht fächerübergreifend und intensiver als bisher behandelt werden soll. Kritik an

dem Vorhaben kam insbesondere aus den Reihen konservativer Protestanten. Kretschmann wird sich am 27. März mit Vertretern der Evangelikalen treffen. Er wolle denen sagen, sie sollten für ihren Glauben eben missionieren, sagte der Ministerpräsident am Sonntag. Religionsfreiheit sei der Fortschritt der Moderne, der das Werben für eigene Vorstellungen erlaube.

Den Verlauf der Debatte zum Bildungsplan nannte Kretschmann abstrus. Es gehe nicht darum, Schülern beizubringen, was sie über sexuelle Vielfalt zu denken haben, sondern sie zu einer eigenen, fundierten Auffassung zu bringen. 'Toleranz kann man nicht in Kinder hineinrichtern.'

Auch die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) in Baden-Würt-

temberg bezeichnet die Art und Weise, wie sexuelle Vielfalt im Bildungsplan verankert werden soll, inzwischen als misslungen. Sie wirbt dafür, die Einführung des Bildungsplans zu verschieben und ein neues Leitprinzip 'Anerkennung gesellschaftlicher und kultureller Diversität' aufzunehmen.

Der Bischof der Evangelischen Landeskirche in Württemberg, Frank Otfried July, sagte der Landesregierung im Einsatz für Toleranz und gegen Diskriminierung Unterstützung zu. Allerdings bestehe in einigen Teilen des Bildungsplans noch Interpretationsbedarf. July warnte davor, die sogenannte Gender-Ideologie unkritisch in den Unterricht einzubringen. epd

Wörter: 280